

An
Landrat
Dr. Achim Brötel
Neckarelzer Str.7

74821 Mosbach



Aglasterhausen, den 26.01.2020

Alle Zahlen auf den Tisch –Ergänzungsantrag zu K/2020/001 Nr. 6 b

Sehr geehrter Landrat Dr. Brötel,

die Geburtshilfe, insbesondere natürliche Geburten, sind seit Einführung des DRG Systems unterfinanziert. Die Geburtenzahlen und der DRG sind in Mosbach und Buchen aber seit Jahr und Tag stabil, das Defizit aus den Geburten muss daher ebenfalls seit Jahr und Tag stabil sein.

Maßnahmen entscheidet man auf Grundlage von Zahlen und Fakten, genau dies passiert aber nicht bei der Entscheidung über die Zukunft der Neckar-Odenwald-Kliniken. Da wird einfach behauptet ein Privater würde alles besser machen.

Bis heute wissen wir nicht, wie sich das Defizit der Kliniken wirklich zusammensetzt, wo unsere Ansatzpunkte wirklich sein können, trotz dass wir mit Oberender über Jahre einen strategischen Partner im Boot hatten, der über genügend Backoffice verfügt hätte um dies zu klären.

Im Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Fallzahlen der Abteilungen reportet, das sagt aber nur was über die Erlösentwicklung, nichts über die Rentabilität einzelner Abteilungen, nicht über funktionierende Prozesse, nichts über nachhaltiges Wirtschaften und nichts über Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden der Neckar-Odenwald-Kliniken.

Landrat Brötel spricht von der Hereinnahme eines strategischen Partners seit Oktober letzten Jahres, ohne offen zu legen warum es ein Privater richten soll, welche Kosten uns ein strategischer Partner überhaupt ersparen könnte, oder welche Kosten dennoch, trotz privater Mehrheitsbeteiligung beim Landkreis hängen bleiben werden. Wir hatten wiederholt um diese Zahlen gebeten, die wichtig für die Entscheidung sind, haben aber bis heute nichts vorliegen.

Den Kreistag ohne Datenbasis über etwas entscheiden zu lassen, was ohne Datengrundlage überhaupt nicht entschieden werden kann, ist betriebswirtschaftlich unverantwortlich. Volkswirtschaftlich und strukturpolitisch gesehen ist diese Entscheidung, eine Entscheidung die tief in die Daseinsvorsorge der Bevölkerung einschneidet, gerade deshalb müssen die Zahlen auf den Tisch. Es geht also nicht nur um die Zahlen zu 6 b des Beschlussvorschlags zur Kreistagssitzung vom 29.01.2020 K/2020/001 sondern darüber hinaus:

In der letzten Kreistagssitzung vom 04.12.2019 hatte ich einen **umfangreichen Fragenkatalog** an die Verwaltung gegeben. Dieser ist bis heute nur oberflächlich oder gar nicht beantwortet. Dies stellt eine grobe Verletzung der Informationsrechte des Kreistags dar.

Wir erwarten die **vollständige Offenlegung bis spätestens April 2020**, damit wir bis zum 27.07.2020 überhaupt eine Entscheidungsbasis haben.

Mit herzlichen Grüßen



Simone Heitz
Fraktionsvorsitzende